

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch unsere Mitglieder zugesandt in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk., durch die Post bezogen einschließlich 1,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Wechsel, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1 Mk. für die 6spaltige Kopfschrift oder deren Raum, Letzterpreis 90 Pfg., Zeilen 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag außerordentlich. Belegnummern im amtlichen Teil für von Behörden die 2spaltige Kopfschrift 3 Mk., Jahresverträge 30 Mk., Anzeigenpreise nach Vereinbarung 10 Mk. Für die Kopfschrift der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzerenten: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 36.

Sonnabend den 12. Februar 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Auch seitens England ist eine Einladung an die Reichsregierung zur Londoner Konferenz ergangen und von Berlin in gleicher Weise wie die französische beantwortet worden.
- \* Das Reichsarbeitsministerium demontiert die Nachricht von einer beabsichtigten Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.
- \* Reichsminister Dr. Simons wird in den nächsten Tagen die Regierungen in Stuttgart und Darmstadt besuchen.
- \* Der französische Botschafter in Berlin, Laurent, hat die Absicht, zurückzutreten.
- \* In der französischen Kammer erzielte Briand ein Vertrauensvotum mit 387 gegen 125 Stimmen.
- \* Der Kronprinz von Japan tritt am 3. März seine Reise nach England an.

## Wirtschaftliche Rüstungen.

Im Leben des einzelnen wie im öffentlichen Leben ist es anerkannter Grundgedanke, daß man kommenden Gefahren gegenüber Abwehr und Hilfsmittel vorbereitet. So ist es auch vollkommen in Ordnung, daß unsere Wirtschaft sich demüht, der beginnenden schweren Krise wohlgerüstet entgegenzutreten. Seit einiger Zeit ist es klar, daß an zahlreichen Orten von Rohstoffen in der Welt kein Mangel, sondern ein mindestens verhältnismäßiger Überfluß ist. Daß dieser Überfluß nicht absolut ist, geht daraus hervor, daß nach wie vor große volkreiche Gebiete Mittel- und Osteuropas un- oder unterversorgt bleiben. Die kürzliche Kurssteigerung der deutschen Mark war im wesentlichen auf das Bestreben ausländischer Spekulationen zurückzuführen, Deutschland gegenüber den Rohstoff-Vorräten lauffähig zu machen. Es ist allerdings sehr die Frage, ob Deutschland die „Gelegenheit“ voll ausnützen kann. Soweit es sich um die Befriedigung des nun schon so lange gedrückten dringenden Inlandsbedarfes handelt, sollten wir die Möglichkeit voll wahrnehmen, wenn eben die Vorarbeiten Beschlüsse oder ihre in London zu besprechende letzte Fassung es erlauben. Würden wir uns aber verhalten lassen, die einschlägigen Industrien voll anzuspinnen, um für eine erhebliche Steigerung unserer Ausfuhr zu arbeiten, so würden wir wahrscheinlich sehr bald bitter enttäuscht werden. Das Ausland hat nämlich nur ein Interesse daran, daß wir ihm die Rohstoffe abnehmen, nicht aber, daß wir ihm die daraus hergestellten Waren wieder ins Land schicken. Selbst wenn es uns also gelingen sollte, die Preise unserer Ausfuhrwaren auf einer für den Ausländer erträglichen Höhe zu halten, so ist doch der Erfolg sehr zweifelhaft. Wir laufen nämlich Gefahr, daß uns das Ausland durch unübersehbare Zollmauern von seinen Märkten ausschließt.

Eine weitere wichtige Frage innerhalb des Problems, wie wir der kommenden Krise am wirksamsten begegnen, ist die Befestigung unserer inländischen Betriebe. Die jetzt so viel besprochene „verfallene Wirtschaft“ wird vorwiegend nach der Richtung hin erörtert, daß damit große wirtschaftliche Macht in einzelne Hände gelegt wird. Es trifft nun nicht zu, daß die eigentlichen Köpfe der großen Vereinigungen auch nur einen erheblichen Teil des gebrauchten Kapitals besitzen. Die Möglichkeit des Mißbrauchs einer Monopolstellung durch einzelne tritt gegenüber der Tatsache zurück, daß es sich hier um eine Notlage handelt, die eine beachtliche Ausdehnung eröffnet, daß uns eine schwere Wirtschaftskatastrophe erspart bleibt. Es ist Tatsache, daß sich den bestehenden Vereinigungen verschiedene kleinere Werte anzugliedern suchen. Die Anregung hierzu geht aber keineswegs immer von den Großen aus. Manches kleine und mittelere Unternehmen fühlt sich den vermehrten Hemmungen sachlicher und persönlicher Art, welche die Entwicklung mit sich gebracht hat, nicht mehr gewachsen und sucht durch Anlehnung an ein größeres Unternehmen die Sorge und das Risiko loszuwerden. Es muß weiter hervorgehoben werden, daß die Zahl der Neugründungen die der Auffassungen beträchtlich übersteigt. Von einzelnen Fällen abgesehen, ist die Vereinigungsbewegung kein Ausdruck des Nachwuchses, sondern der wirtschaftlichen technischen Vernunft. Die maßgebende Frage lautet: Wie können sich wichtige Unternehmungen in sich festigen, daß sie selbst schweren Stürmen handzuhalten vermögen? Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Krisenwetter viel schneller heraufzieht, als selbst eine energische Wirtschaftsreform Erfolge zu erringen vermag. Die beste Reform bleibt wirkungslos, wenn die Produktionsstätten ruiniert und zum Stillstand gekommen sind. Es ist eine falsche Orientierung, wenn man den Haß gegen einzelne führende Männer der Wirtschaft zum Leitstern der Wirtschaftspolitik des Reiches machen will. Haben wir die doppelte Drohung der Weltwirtschaftskrise und der Webergutmachungsfrage überwunden, so können wir Vorkehrungen treffen, daß die Zusammenlegung in unserer Wirtschaft nicht zu einer Tyrannei für den Verbraucher führt. W. W.

## Deutschlands Gegenanschläge.

Im Reichsministerium wird angestrengt an der Festlegung der deutschen Gegenanschläge für die Londoner Besprechungen gearbeitet. Alle anderen gesetzgeberischen Pläne treten demgegenüber zurück. Im Auswärtigen Amt hat der Reichsminister des Auswärtigen vor dem

in den Sachverständigen einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entschädigungsproblem bezieht. Es wurde ein enger Arbeitsausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz-, der Landwirtschaft, Seefischerei und der Arbeitnehmer an.

Deutschland soll die Absicht haben, in London unter Umständen einen

### Schiedspruch Amerikas

zu beantragen. Eine Einberufung des Reichsrates ist jedoch nicht geplant, da ein öffentliches Verhandeln der Gegenanschläge unzulässig und schädlich erscheint.

## Deutschlands Antwort nach London.

Berlin, 10. Februar.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß von der Berliner britischen Botschaft dem Auswärtigen Amt folgende Note zugegangen ist:

Herrn Dr. W. Simons, Minister des Auswärtigen. Herr Minister! Ich habe die Ehre, Euer Excellenz zu benachrichtigen, daß ich von Seiner Majestät Regierung Weisung erhalten habe, den Leiter der Deutschen Regierung und seine sachverständigen Berater einzuladen, in London am 4. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen, die in der Note von Herrn Briand an den Präsidenten der deutschen Delegation in Paris vom 29. Januar angedeutet war. Ich soll ferner Euer Excellenz ersuchen, die Güte zu haben, so schnell als möglich die Namen der Delegierten und der Berater mitzuteilen.

Darauf ist heute vormittag durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes der großbritannischen Botschaft folgende vom 9. d. M. datierte Antwortnote an den britischen Botschafter Lord d'Abernon zugesandt worden:

Herr Botschafter! In Erwiderung Ihrer Note vom 8. d. M. beehre ich mich, den Empfang der Einladung zu der Konferenz in London am 1. März d. J. zu bestätigen. Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die noch zu übermittelnden Vorschläge der Deutschen Regierung erstrecken werden, erklärt sich die Deutsche Regierung bereit, bevollmächtigte Delegierte und sachverständige Berater, deren Namen sobald wie möglich angegeben werden sollen, zu der Konferenz zu entsenden. Ich bemerke auch diesen Anlaß

## Bayern und die Einwohnerwehren.

Note an die Reichsregierung.

Die Berliner Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten vom 5. Februar gab in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen sowohl im Ministerrat als im Schoße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt dieser Beratungen steht für Bayern die durch die Pariser Note der alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Beibehaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Anschauung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bildet. Eine amtliche Kundgebung der bayerischen Regierung bejaht hierzu:

„Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals außer acht gelassen, so oft sie auch ihren Standpunkt in dieser Frage geprüft und bis heute unverändert festgelegt haben. Auch bei der neuerlichen Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte und bei den bisherigen Besprechungen ergab sich, daß dieser Standpunkt der ausschließliche durch die Sorge für den staatlichen Wiederaufbau bestimmt wird, auch durch die neue Lage nicht umgehoben werden kann, und daß die gleichen Gründe, die von Anfang an ihn notwendig machen, ungeschwächt weiter bestehen.“

Ausdrücklich betont dann aber die bayerische Regierung:

„Die Einheit des Reichs stand für alle Beteiligten dabei außer Frage. Ein separatistischer Gedanke ist während der ganzen Verhandlungen auf keiner Seite auch nur ein Augenblick Raum gewährt worden.“

### 1140 Protestkundgebungen!

Die außerordentlich die ungläubigen Beschlüsse der Pariser Konferenz das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen ausgewühlt haben, das zeigen die letzten Tage mit größter Deutlichkeit. Das deutsche Volk ist einig in der Ablehnung. So haben allein am letzten Sonntag im Reich gegen 1140 Protestversammlungen gegen die Pariser Beschlüsse stattgefunden. Die meisten Versammlungen haben der Reichsregierung schriftlich ihr Vertrauen ausgesprochen.

Auch Polen meldet sich.

Die polnische Gesandtschaft in Paris hat im Namen der polnischen Regierung dem Obersten Rat eine Note über die Entwaffnung der deutschen Freiwilligenformationen in Ostpreußen überreicht. Die durch zahlreiche Urkunden unterstützte Note ist vorher dem Marschall Hoch mitgeteilt worden. Polen fordert: 1. Die Festlegung der Höchstzahl der Reichswehr in Ostpreußen und die Verbotsurteile

seiner Organisationen. 2. Die Entwaffnung von fünf Freiwilligenkategorien. 3. Die notwendige Sicherung der preussischen Grenze nach Litauen zu. Die polnische Note wird vom Obersten Rat bei Besprechung der gesamten Abrüstungsfrage in Erwägung gezogen werden.

## Die Pariser Kammerdebatte.

Fortsetzung der Seite.

Nach der Schlußdebatte in der französischen Kammer über das Ergebnis der Pariser Konferenz, die erst gegen Mitternacht zu Ende ging, erzielte Ministerpräsident Briand ein Vertrauensvotum mit 387 gegen 125 Stimmen.

In der vorhergegangenen Aussprache erklärte der Laforette, daß er in objektiver Weise die Resultate der Pariser Konferenz prüfen wolle. Die öffentliche Meinung zögere, die Festlegung der Höhe der Gesamtschuld anzunehmen, die eine Verminderung des französischen Entschädigungs zur Folge haben würde. Der Redner erklärte, daß das Pariser Abkommen ein Ausführungsabkommen sei. Das Pariser Abkommen sei dadurch bemerkenswert, daß es neue feste Annuitäten und eine mobile Entschädigung durch Taxierung der deutschen Ausfuhr festgelegt habe. Der Abgeordnete erklärte, daß er keine Fissern mehr vordringen wolle, und kritisierte alle jene, die es getan haben. Er sprach sodann über die Bedingungen des deutschen Handels und seine Entwicklungsmöglichkeit. Der große Fehler des Versailler Vertrages sei gewesen, die deutsche Entschädigung in Goldmark festzusetzen. Der Abgeordnete bewachte sodann die Garantien, die der Vertrag den Alliierten gibt, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen, und kam auf die Lage in Deutschland zu sprechen. Die deutsche Regierung täusche die Alliierten und die Welt. Gegenüber den

von Deutschland aus verbreiteten „Glendmädchen“ müsse man festhalten, daß Deutschland besser gestellt sei als Frankreich, denn es habe nur 100 000 Mann unter den Waffen, während Frankreich 700 000 bis 800 000 Mann unterhalten müsse, die der Fabrikarbeit und der Landwirtschaft entzogen seien. Auf die Frage de Laforettes, ob die zwanzig Milliarden Goldmark, die von Deutschland bereits bezahlt seien, auf die Gesamtschuld Deutschlands angerechnet würden, erwiderte Finanzminister Doumer, diese zwanzig Milliarden Goldmark seien eine Sicherheitsleistung für die Unterhaltung der Besatzungstruppen und der anderen Ausgaben der Alliierten, für die Deutschland aufzukommen habe. De Laforette verlangte, daß Deutschland internationale Anleihen aufnehmen und daß Frankreich sich mit seinen Alliierten über die

### Glücksmachung der deutschen Schuld

verständige. Die Entwaffnung Deutschlands liege im Interesse seiner Wohlfahrt. Das gestatte ihm, höhere Annuitäten zu zahlen, als vorgesehen war. Schließlich verlangte der Redner Aufklärung über gewisse Ausführungsverfahren des Pariser Abkommens. Nach ihm erzielten die früheren Kriegsminister Lefevre wandte sich gegen jede Doumer das Wort. Lefevre wandte sich gegen jede Politik der Schwäche; denn eine solche müsse notwendigerweise zum Kriege führen. Man müsse von Deutschland die Hälfte des Wertes des französischen Handels einreiben, und das sei, wenn Deutschland nicht zahle, kein einfacher militärischer Spaziergang. Deutschland werde aber nur dann zahlen, wenn man komme, um das Geld zu holen. In Deutschland seien alle Klassen der Bevölkerung darüber einig, daß man nicht bezahlen wolle. In Frankreich aber sei man darüber einig, daß man bezahlt werden müsse. Die Welt werde erkennen, daß Frankreich nicht alles blindlings hinnehmen geneigt sei.

## Englisch-amerikanische Kriegsgefahr?

Eine peinliche Enthüllung.

Das augenblickliche Hauptthema der englischen Presse ist der von amerikanischen Blättern aus London gebrachte Bericht über die Unterredung eines hohen Beamten des britischen Auswärtigen Amtes mit einem amerikanischen Journalisten in London, in der der englische Beamte davor gewarnt haben soll, daß sich das englische und das amerikanische Volk voneinander entfremden, und erklärt haben soll: Wir gehen auf einem Wege, der zum Kriege führt. Dieser Bericht hat beträchtliches Aufsehen erregt. Er beruht jedoch, wie in amtlichen Dementis und von den englischen Blättern mitgeteilt wird, auf einer falschen Darstellung der Tatsachen. Der von dem amerikanischen Berichterstatter erwähnte „hohe Beamte“ war der britische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Sir Auckland Geddes, der in seiner vertraulichen Unterredung mit amerikanischen Journalisten in London die Frage der englisch-amerikanischen Beziehungen erörterte. Der Hauptzweck der Unterredung war, die Notwendigkeit eines engen Einverständnisses zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu betonen. „Daily Express“ meldet aus New York, daß das Staatsdepartement die amerikanische Botschaft in London beauftragt hat, beim Auswärtigen Amt in London Erkundigungen in der Angelegenheit einzuziehen. Sollte es sich bestätigen, daß Sir Auckland Geddes zu dem amerikanischen Berichterstatter von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Amerika und